



Atomkonsens beibehalten

IHK gegen die Interessen vieler Unternehmen

Die Industrie und Handelskammern in NRW haben ein energiepolitisches Positionspapier vorgelegt.

In diesem Papier wird die Verlängerung der Nutzung von Atomkraftwerken gefordert.

Probleme der Atomenergie wie die erhöhte Leukämierate von Kindern in der Nähe von Atomkraftwerken, die absolut ungelöste Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle und deren langfristige Finanzierung, die begrenzten Uranvorräte und die Abhängigkeit von Uraneinfuhren aus dem Ausland werden ignoriert.

Offensichtlich wird hier versucht, den Atomkonsens im Interesse der großen Stromkonzerne aufzuweichen. Die Aufkündigung des Atomkonsenses richtet sich auch gegen die Interessen vieler klein- und mittelständischer Unternehmen, die in den letzten Jahren tausende von Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien schaffen konnten. Die IHK sollte die Interessen und auch die unternehmerische Ethik und gesellschaftliche Verantwortung aller Unternehmen berücksichtigen.

Auch als besonders gravierend empfinden wir Selbständigen und Unternehmer, dass sich die IHK als Zwangsgemeinschaft von Unternehmen deren politische Bevormundung anmaßt. Solange die IHK auf Zwangsmitgliedschaften beruht, ist sie einer politischen Neutralität verpflichtet. Wir fordern die Rücknahme des Positionspapiers!

Impressum: Grüne Unternehmen gegen Atomkraft

Elmar Gillet, Trierer Weg 30, 50389 Wesseling, elmargillet@elmargillet.de